

Bürgerinitiative Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee

Pressemitteilung vom 24.10.2019

Falscher Professor sucht in Brandenburg nach Erdgas

Über das höchst umstrittene Vorhaben der Erdgasförderung im nördlichen Brandenburg gibt es neue, brisante Erkenntnisse.

Am 23. Oktober 2019 hat die Bürgerinitiative Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee den Minister für Wirtschaft und Energie darüber informiert, dass gegen ein Mitglied des Managements der Firma Jasper Resources GmbH, Herrn Dr. Reinhard Gast, im Juli 2019 ein Strafbefehl ergangen ist. Die Vorwürfe lauten: Hochstapelei und Führen falscher Titel, weil er sich unberechtigter Weise als Professor auswies.

Dr. Gast ist in der Branche kein Unbekannter. So war er mit seiner Firma Central Anglia 2016 in Schleswig-Holstein auf Erdölsuche. Als er mit seinem Unternehmen in finanzielle Schieflage geriet, hat ihm der damalige Landesminister Dr. Robert Habeck die Lizenz entziehen lassen, um so Schaden vom Land abzuwenden. Nun soll ausgerechnet mit Beteiligung von Dr. Gast in unserer Region das angeblich größte Erdgasfeld Deutschlands erschlossen werden. Von den Auswertungen dieses rechtskräftig verurteilten Hochstaplers wird es letztlich abhängen, ob die Firma Genehmigungen für Probebohrungen und später die Gasförderung beantragt. Jasper Resources stellt den falschen Professor „Prof. Reinhard Gast“ auf ihrer Webseite als Spezialisten für Geologie und Auswertung der seismischen Daten vor.

Bereits am 01. Oktober 2019 übergab die Bürgerinitiative dem Brandenburgischen Wirtschaftsministerium eine umfangreiche Unterlagensammlung zum Firmengeflecht, Finanzen und angebliche Investoren der Jasper Resources GmbH Zehdenick und der niederländischen Mutterfirma.

Diese werfen große Zweifel an der finanziellen Leistungsfähigkeit für so ein umfangreiches Explorationsvorhaben auf.

Nach dem Bundesberggesetz (BergG) sind Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufsuchungserlaubnis für Erdgas die „erforderliche Zuverlässigkeit“ des Antragstellers sowie der Nachweis der „erforderlichen Mittel“ für das gesamte Projekt einschließlich Rückbau. Beides sieht die BI nicht erfüllt.

Aus diesen Gründen fordert die BI den Wirtschaftsminister in ihrem Schreiben auf, das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) anzuweisen, die Erlaubnis zur Aufsuchung zu widerrufen.

Ministerium und Bergamt stehen in der Pflicht, sich mit den neuen Erkenntnissen intensiv auseinanderzusetzen. Ihr Auftrag ist es, Schaden vom Land Brandenburg, unserer Region und den hier lebenden Menschen abzuwenden.

Ulrike Werner

Sprecherin der Bürgerinitiative Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee
www.gegen-gasbohren-zehdenick-templin.de